

Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Der Übergang von der vierten zur fünften Mandatsperiode war das herausragende Ereignis in der Arbeit des Ausschusses der Regionen (AdR) im vergangenen Jahr. Erstmals übernahm mit der damaligen Präsidentin der Region Piemont Mercedes Bresso eine Frau den Vorsitz. Auf der Grundlage einer Übereinkunft der beiden großen Fraktionen im AdR, der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), stellte die SPE in der ersten Hälfte der neuen fünften Mandatsperiode ihre Kandidatin zur Wahl und Bresso erhielt 219 der 251 abgegebenen Stimmen. Ramón Luis Valcárcel Siso (ES/EVP), Präsident der autonomen Region Murcia, wurde Erster Vizepräsident und soll Bresso nach Ablauf der Hälfte der Mandatsperiode Ende 2012 in der AdR-Präsidentschaft ablösen.

Die Entscheidungsprozesse im AdR werden zunehmend mehr von den politischen Fraktionen bestimmt. Die AdR-Mitglieder haben sich auch in der neuen Mandatsperiode in vier Fraktionen organisiert. Diese Zuordnung der Mitglieder weist längst nicht so ein breites politisches Spektrum auf, wie dies beim Europäischen Parlament mit derzeit sieben Fraktionen der Fall ist. Dies hat damit zu tun, dass die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in der Regel nur einen Vertreter / eine Vertreterin entsenden können und kleinere Parteien deshalb kaum eine Chance haben, Mitglieder in den AdR zu entsenden.

Fraktionsstärken im AdR

Fraktion	Sitze	Prozent
Europäische Volkspartei / EVP	128	37,2
Sozialdemokratische Partei / SPE	121	35,2
Allianz der Liberalen und Demokraten / ALDE	45	13,1
Europäische Allianz / EA	16	4,7
Fraktionslos	34	9,8
Gesamt	344	100

Der Beginn der fünften Mandatsperiode des AdR bot auch Anlass zum Rückblick.¹ Eine nach den Fachkommissionen geordnete Übersicht des AdR-Generalsekretariats über die vom AdR in der vierten Mandatsperiode (Februar 2006 – Februar 2010) verabschiedeten Stellungnahmen listet insgesamt 212 Stellungnahmen auf. Dabei kamen die meisten Stellungnahmen aus der Fachkommission für nachhaltige Entwicklung (47), gefolgt von Kultur / Bildung / Forschung (42), Wirtschafts- und Sozialpolitik (36), Kohäsionspolitik (27), Konstitutionelle Fragen (26) und Außenbeziehungen mit 24 Stellungnahmen. Besonders interessant sind auch die in diesem Dokument aufgeführten neun unmittelbar im Plenum angenommene Vorlagen, da hier wichtige übergreifende Themen und aktuelle Probleme behandelt werden: die Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die Finanzkrise, der Klimawandel sowie die eigenen Arbeitsschwerpunkte und die Kommentierung der Arbeitsprogramme der Kommission.²

¹ Ausschuss der Regionen: Meilensteine seiner Geschichte 1994-2009, Brüssel 2009.

Die neuen Fachkommissionen

Zu Beginn der neuen Mandatsperiode wurden auch der Zuschnitt und die Zuständigkeiten der Fachkommissionen folgendermaßen neu festgelegt:³

Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX): zuständig für Freiheit, Sicherheit, Recht, Einwanderungs-, Asyl- und Visapolitik, Charta der Grundrechte der EU, Aktive Bürgerschaft, Dezentralisierung, Umsetzung des EU-Vertrags, Nachbarschaftspolitik, Östliche Partnerschaft und Mittelmeer-Politik der EU, Dezentralisierte Entwicklungszusammenarbeit, Erweiterung;

Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik (ECOS): zuständig für Beschäftigung, Sozialpolitik, Sozialschutz, Chancengleichheit, Unternehmens-, Wettbewerbs- und Steuerpolitik, Innovation, Wirtschafts- und Währungspolitik, Binnenmarkt, WTO-Fragen;

Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER): zuständig für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Strukturfonds, Raumordnung, Städtepolitik, Wohnungswesen, Verkehrswesen einschließlich TEN-V, Makroregionen, Territoriale Zusammenarbeit einschließlich des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ);

Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT): zuständig für Gemeinsame Agrarpolitik und ländliche Entwicklung, Fischerei, Lebensmittelproduktion, Meerespolitik, Öffentliche Gesundheit, Verbraucherschutz, Forstwirtschaft, Zivilschutz, Tourismus;

Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE): zuständig für Klimawandel: Anpassung und Eindämmung, Erneuerbare Energien, Umwelt, Transeuropäische Netze im Energiebereich, Neue Energiepolitik, Raumfahrtspolitik;

Fachkommission für Bildung, Jugend, Kultur und Forschung (EDUC): zuständig für Jugend, Sport, Bildung, Informations- und Kommunikationsstrategie der EU, Lebenslanges Lernen und Weiterbildung, Kultur und kulturelle Vielfalt, Mehrsprachigkeit und Förderung von Minderheitensprachen, Forschung und Technologie, Informationsgesellschaft und transeuropäische Netze im Telekommunikationsbereich, Kommunikation, audiovisuelle Industrie und Medientechnologien.

Hinzu kommen noch verschiedene Arbeitsgruppen und gemischte beratende Ausschüsse zur Heranführung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften aus den Beitrittsländern an die EU.

Politische Prioritätensetzungen

In den sechs AdR-Plenartagungen des Berichtszeitraums⁴ befasste sich der AdR mit einer großen Bandbreite von Themen und gab umfangreiche Stellungnahmen zu den Vorschlägen der Kommission mit Bezug zur Arbeit der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften ab. Hinzu kamen Initiativstimmungen mit eigenen Akzentsetzungen. Arbeitsschwerpunkte des AdR waren dabei die Aufarbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Bereiche Klima/Umwelt/Energie, die Agrarpolitik, die Kohäsions- und Regionalpolitik sowie die neue Strategie „Europa 2020“. Daneben kam auch der Erarbeitung einer europäischen Strategie für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die den Kompetenzen der Kommunen und Regionen Rechnung trägt, sowie der Umsetzung des neuen Rechtsinstruments des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) besondere Aufmerksamkeit zu.

2 Ausschuss der Regionen, Direktion beratende Arbeiten, Übersicht über die vom AdR in der vierten Mandatsperiode verabschiedeten Stellungnahmen (2006 – 2010), Brüssel 2009, CdR 121/2006 rev. 18 (Dezember 2009).

3 Siehe die Vorlage für die Präsidiumssitzung des AdR am 10. Februar 2010.

4 Der Berichtszeitraum umfasst die 81. Plenartagung vom 5. und 7. Oktober 2009, die 82. Plenartagung vom 3. und 4. Dezember 2009, die 83. Plenartagung vom 9. und 10. Februar 2010, die 84. Plenartagungen vom 14. und 15. April 2010 und die 85. Plenartagung vom 9. und 10. Juni 2010.

Weißbuch zu Multi-Level-Governance

Eine herausragende Aktivität des AdR im Jahr 2009 war zweifellos die Vorlage des Weißbuchs zu Multi-Level-Governance am 17./18. Juni 2009⁵ und die nachfolgende Befassung mit diesem Dokument. Der AdR versteht unter Multi-Level-Governance „das koordinierte, auf Partnerschaft beruhende Vorgehen der Union, der Mitgliedstaaten und der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zur Ausarbeitung und Unterstützung der Politiken der Europäischen Union“. Die Verantwortung müsse zwischen den betroffenen Verwaltungsebenen geteilt werden. Die einzelnen Zuständigkeitsebenen müssten in einem integrierten Ansatz an der Festlegung der Politiken und an den rechtsetzenden Maßnahmen der Gemeinschaft beteiligt sein. Multi-Level-Governance wird als ein dynamischer Prozess verstanden.

Zur Umsetzung der Multi-Level-Governance empfiehlt der AdR, dass jede größere strategische Reform in der EU mit einem in den politischen Ebenen abgestimmten territorialen Aktionsplan einhergehen müsse. Bei den Wachstums- und Stabilitätspakten der Mitgliedstaaten müsse der Bedeutung der regionalen und lokalen Finanzen umfassend Rechnung getragen werden. Lokale und regionale Gebietskörperschaften müssten besser als bisher in die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben einbezogen werden. Zur Organisation der politischen Zusammenarbeit wird im Hinblick auf das Erreichen der gemeinsamen Ziele die gegenseitige Loyalität zwischen allen Regierungs- und Verwaltungsebenen und zwischen den Institutionen gefordert. Hierzu gehöre auch eine engere Zusammenarbeit der Parlamente.

Durchgängig sei der Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen das Prinzip der Partnerschaft zugrunde zu legen. Dieses Prinzip müsse in vertikaler Hinsicht zwischen EU, Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen, aber auch in horizontaler Ebene zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft Anwendung finden. Auch seien die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und rationeller zu gestalten.

Nach Veröffentlichung des Weißbuches hat der AdR mit den Organen der Gemeinschaft Kontakte aufgenommen, um die enthaltenen Handlungsoptionen und Verpflichtungen zu konkretisieren. Darüber hinaus wurde eine allgemeine Konsultation eröffnet, um den Standpunkt der Behörden, Verbände und der beteiligten Parteien in Briefform oder per Internet zu erfahren. Die Frist für die Einreichung von Stellungnahmen endete am 30. November 2009. Die Ergebnisse der Konsultation wurden ausgewertet und veröffentlicht.

Die Lissabon-Nachfolgestrategie „Europa 2020“

Die Kommission hatte am 3. März 2010 unter dem Stichwort „Europa 2020“ eine Mitteilung vorgelegt, die sich mit der Nachfolge der als wenig erfolgreich angesehenen „Lissabon Strategie“ befasste und erste Weichenstellungen auch für die künftige EU-Kohäsionspolitik aufzeigte.⁶ In einer im Vorgriff auf diese Mitteilung verabschiedeten Stellungnahme vom 3./4. Dezember 2009 forderte der AdR, die neue Strategie müsse auf eine hohe Lebensqualität und das Wohlergehen aller EU-Bürger ausgerichtet sein.⁷ Die Beschäftigung wurde hier als Schlüsselement definiert, ebenso wie der materielle Wohlstand. Doch müssten auch andere Faktoren berücksichtigt werden, um sich ein umfassendes Bild von der Lebensqualität und dem Wohlergehen der Bürger machen zu können, einschließlich des weiteren gesellschaftlichen und ökologischen Umfelds, in denen diese leben.

5 Das Weißbuch sowie die Ergebnisse der Konsultationen sind abrufbar unter <http://www.cor.europa.eu/>.

6 Mitteilung der Kommission „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vom 3.3.2010, KOM(2010) 2020 endgültig..

7 Initiativstellungnahme von Christine Chapman (UK/SPE) „Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010“, Dokument ECOS-IV-032 25.

Der AdR bestätigte, dass die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise den Kontext, in dem die Debatte über die Zukunft der Lissabon-Strategie stattfindet, drastisch verändert habe. „Business as usual“ sei in dieser Situation nicht die richtige Vorgehensweise. Die Krise schaffe zahlreiche unmittelbare Herausforderungen, insbesondere die Bewältigung der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa – vor allem unter der jungen Bevölkerung. Gefordert wurden auch die Stärkung der sozialen Dimension und die Berücksichtigung der Umweltkrise.

Zur Umsetzung der EUROPA-2020-Strategie wurde vom Ausschuss der Regionen eine „Monitoringplattform“ als Instrument zur Unterstützung der beratenden Tätigkeit eingerichtet. Ziel dabei ist es, damit einen Beitrag zur EU-Debatte zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum zu leisten und die Durchführung der Europa-2020-Strategie zu überwachen. Der Plattform gehörten im April 2010 bereits 115 regionale und lokale Gebietskörperschaften aus den 27 EU-Mitgliedstaaten an.

Die „Open Days“

Seit 2003 werden vom AdR zusammen mit der Generaldirektion „Regio“ der Kommission jährlich im Oktober die „Open Days“ als Treffpunkt der Vertreter von Kommunen und Regionen in Brüssel durchgeführt. 2009 nahmen an diesem Ereignis, das sowohl in Brüssel als auch dezentral in den europäischen Regionen veranstaltet wird, 212 Regionen und Städte aus 33 Ländern mit 6.000 Besuchern teil. Das Rahmenthema lautete „Globale Herausforderungen – Europäische Antworten“. Unter diesem Motto konnten sich „Konglomerate“ von Regionen und Städten mit einer Mindestzahl von 6 bis 8 Teilnehmern bewerben. Die Konglomerate verpflichten sich, mehrere Workshops in Brüssel sowie mindestens eine Veranstaltung dezentral in einer der beteiligten europäischen Region durchzuführen. Diese Vorgaben haben zwei sehr positive Effekte: Zum einen wird ein Beitrag zur horizontalen europäischen Vernetzung der Regionen geleistet, zum anderen wird der Tendenz entgegengewirkt, Aktivitäten zunehmend auf die belgische Hauptstadt zu konzentrieren.

Die feierliche Eröffnung der „Open Days“ fand während der Plenartagung des AdR im Oktober 2009 statt. Die „Open Days“ haben sich zu einem Markenzeichen für die an Fragen der Regionalpolitik Interessierten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Finanzen sowie auch in der Wissenschaft entwickelt. Mit der Installierung eines „Meeting Place“ wurde zudem für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Privatwirtschaft ein besonderer Anreiz geschaffen.

Zukunftsperspektiven

Eine besondere Herausforderung für die weitere Entwicklung des AdR stellt zweifellos die anstehende Entscheidung über seine künftige Zusammensetzung dar. Der Vertrag von Lissabon sieht eine neue Aufteilung der AdR-Sitze auf die Mitgliedstaaten vor, wobei die Höchstzahl von 350 nicht überschritten werden darf. Bereits der Beitritt Kroatiens würde eine Neuverteilung der heute 344 Mandate erforderlich machen, eine Aufgabe, die absehbar erheblichen Konfliktstoff zwischen den großen und den kleineren Mitgliedstaaten bietet.

Weiterführende Literatur

Föhn, Cornelia, Der Ausschuss der Regionen. Interessenvertretung der Regionen Europas, München 2003.

Kiefer, Andreas: Der Ausschuss der Regionen im Jahre 2008, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2009, Baden-Baden 2009, S. 471-488.

Suhr, Oliver: Ausschuss der Regionen (Art. 263-265 EGV), in: Christian Calliess/ Matthias Ruffert (Hrsg.), EUV/EGV. Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta, 3. Auflage, München 2007, S. 2223-2247.